

DER VOLKSWIRT

# Moral als Luxusgut

Warum polarisieren sich viele westliche Gesellschaften immer mehr politisch? Und welche Rollen spielen dabei Einkommen und Moral? Wie stark man sein Wahlverhalten an die Moral koppelt, hängt vom Einkommen ab. Das verändert auch die politische Landschaft.

Von Benjamin Enke und Mattias Polborn

Das Forschungsfeld der politischen Ökonomie analysiert an der Schnittstelle von Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft die Interaktion von wirtschaftlichen und politischen Mechanismen. Eine Kernfrage ist, wie und warum sich viele westliche Gesellschaften zunehmend politisch polarisiert haben, gerade bei Themen mit einer starken Moralkomponente.

### Die alte Ordnung

Viele in jüngster Zeit heiß diskutierte Themen beziehen sich vorrangig auf soziale und moralische Fragestellungen wie Einwanderung, die Rechte von Minderheiten oder das Gendern. Dieser Fokus auf moralische Themen ist etwas überraschend, da sich in fast allen westlichen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg die großen politischen Parteien in erster Linie über ihr wirtschaftspolitisches Programm definierten, wobei sozialdemokratische Parteien für mehr Staatsinterventionen und mehr Umverteilung standen als die bürgerlich-konservativen Parteien. Entsprechend sahen traditionell die Unterstützer der beiden Lager aus: hier die Arbeiterschaft und die niedrigeren Einkommensschichten, dort der Mittelstand und die Bessergestellten.

### Die neue politische Polarisierung

Diese traditionelle Aufteilung hat sich in den vergangenen 30 Jahren stark gewandelt. Ein großer Anteil von traditionellen SPD-Wählern – Arbeiter mit unterdurchschnittlichem Einkommen und relativ konservativen Werten – kehrte der SPD den Rücken und unterstützte nun Parteien, die eher ihre Wertvorstellungen abbilden. Ein ähnliches Muster ist in den Vereinigten Staaten zu beobachten, wo ein großer Teil der ehemaligen linken Stammwählerschaft – weiße Fabrikarbeiter mit relativ konservativen Werten – heutzutage Politiker wie Donald Trump unterstützt.

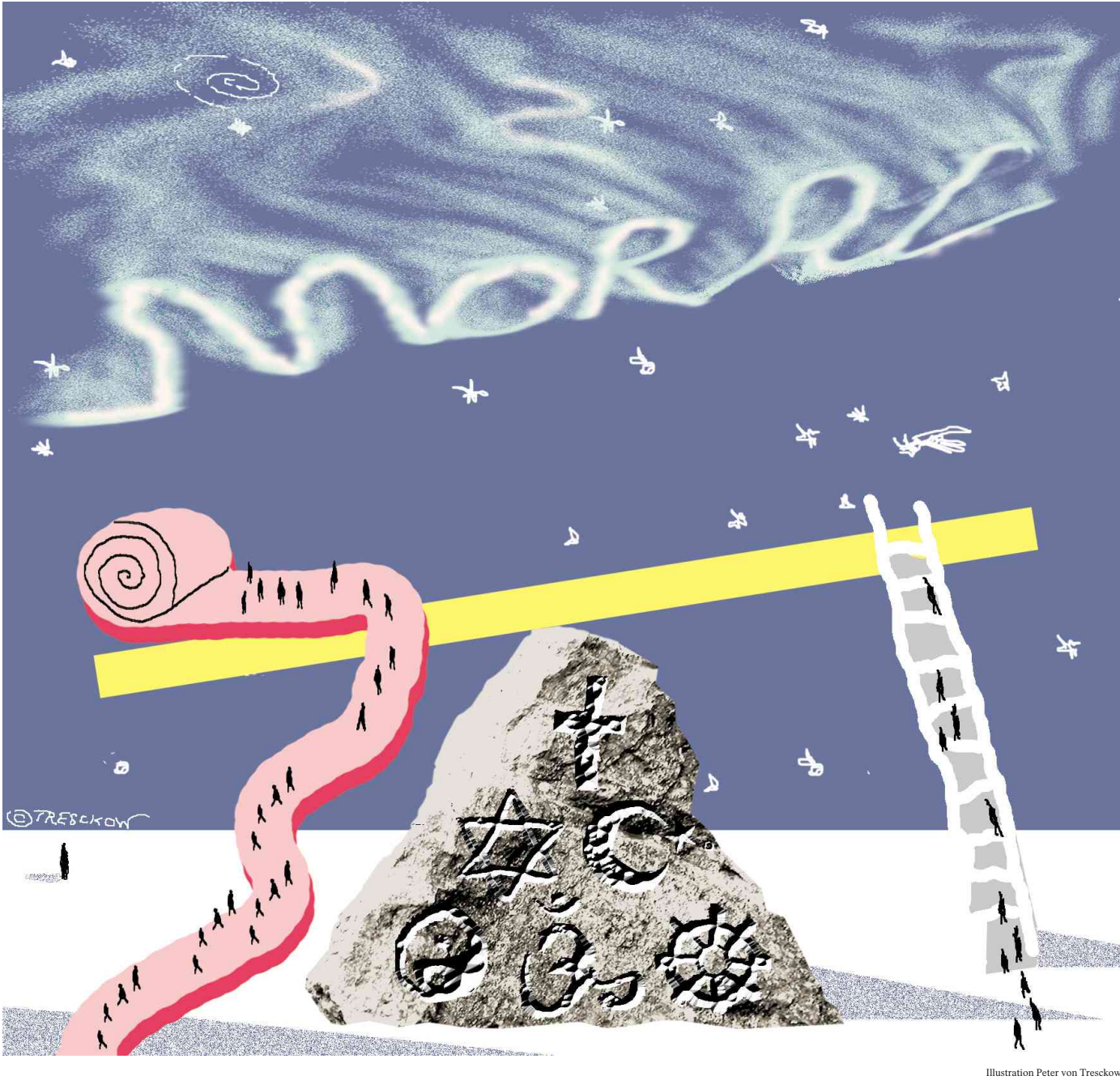
Doch wichtig ist ebenfalls, dass viele Akademiker die politischen Seiten gewechselt haben. Diese Gruppe, oft gut verdienend und mit linken Werten ausgestattet, wählte früher aus wirtschaftlichen Gründen oft eher rechte Parteien. Heute wählt diese Gruppe in vielen westlichen Ländern linke Parteien, in Deutschland hauptsächlich die Grünen. Diese Wählerwanderungen haben zur Folge, dass die Einkommensverteilungen von linken und rechten Wählern mittlerweile relativ ähnlich sind.

Doch wie kommt es, dass „moralische“ Fragen eine immer zentralere Rolle für Wähler und Parteien spielen? Eine zentrale Prämisse der politischen Ökonomie war es lange Zeit, dass das Wahlverhalten vor allem vom Einkommen abhängt. Aus dieser Perspektive ist es rätselhaft, wieso die Einkommensungleichheit, die sowohl in Europa als auch in den Vereinigten Staaten zugenommen hat, nicht stattdessen zu einer Polarisierung in Bezug auf wirtschaftliche Fragen führte.

### Der moralische Universalismus

Das Forschungsfeld der Moralphysikologie untersucht moralische Einstellungen und unterscheidet Wähler mit sogenannten universalistischen Werten von anderen mit eher kommunitaristischen (oder partikularistischen) Werten. Universalistische Werte sind solche, die nicht an bestimmte Beziehungen oder Gruppen gekoppelt sind, so wie etwa Gerechtigkeit, individuelle Rechte, Toleranz oder Fairness.

Kommunitaristische Werte, wie beispielsweise Loyalität, Respekt, Gemeinschaft und Familie, sind demgegenüber eher bestimmten Beziehungen oder Gruppen zugeordnet. Es geht dabei nicht darum, manche Werte als „besser“ als andere zu klassifizieren, sondern lediglich die Heterogenität der Wähler und ihre Konsequenzen herauszuarbeiten.



### Universalismus, politische Einstellungen und Wahlverhalten

In jüngeren Arbeiten wies Enke einen starken Zusammenhang zwischen moralischem Universalismus und politischem Verhalten nach. In einer Studie mit Ricardo Rodriguez-Padilla und Florian Zimmermann wurden mehrere Tausend Menschen befragt, wie sie 100 Euro zwischen einem ihrer Nachbarn und einem Fremden aufteilen würden. In einer anderen Studie wurde gefragt, ob es wichtiger sei, alle Menschen gleichzubehandeln oder loyal gegenüber Familie und Freunden zu sein. Welche Antworten würden Sie hier geben? Wenn Sie das Geld 50 zu 50 aufteilen und Ihnen Gleichbehandlung wichtiger ist als Loyalität, dann sind Sie ein Universalist.

Mehrere Studien zeigen, dass Universalisten in den meisten westlichen Ländern eine deutlich stärkere Neigung haben, linke Positionen zu vertreten, was beispielsweise die Rolle von Minderheiten, Frauen, Umverteilung, Umweltschutz, Entwicklungshilfe oder das Militär angeht. Besonders beachtenswert ist, dass in diesen Studien der gemessene Universalismus einer Person viel eher das Wahlverhalten oder politische Einstellungen vorhersagt als das Einkommen. Doch dies bringt uns wieder zu unserer Ausgangsfrage zurück: Wieso hat die Universalismus-Kommunitarismus-Achse heute einen solch starken Einfluss auf das politische Verhalten? Kann priorisieren Wähler ihre finanziellen Anreize oder ihre moralischen Werte, wenn diese in Konflikt stehen?

### Wohlhabende Aktivisten

Gemeinsam mit Alex Wu entwickeln wir eine Theorie, der zufolge moralische Werte ein Luxusgut sind, auf das reichere Wähler ein größeres Gewicht legen als ärmere. Dies soll nicht heißen, dass Reiche „moralischer“ sind als Arme, sondern nur, dass ihre nicht materiellen Präferenzen bei ihrer Wahlentscheidung eine größere Rolle spielen. Im Kern bedeutet die Idee der Moral als Luxusgut also nur, dass manche es sich schlicht „leisten“ können, ihre moralischen Positionen zu priorisieren, während denjenigen, die jeden Monat darum kämpfen müssen, genug Essen für ihre Kinder auf den Tisch zu kriegen, die jüngsten Kulturkonflikte über das Gendern auf Twitter relativ egal sind. Aktivisten, die sich besonders mit moralischen Themen wie Fairness für Minderheiten oder Abtreibung beschäftigen, rekrutieren sich beispielsweise vor allem aus wohlhabenden Wählerschichten.

### Politische Polarisierung durch reicher werdende Eliten

Das Pro-Kopf-Einkommen ist in den Vereinigten Staaten und Europa in den vergangenen 50 Jahren erheblich gestiegen. Unserer Theorie zufolge führte dies dazu, dass vielen Wählern ihre moralischen Werte für die Wahlentscheidung immer wichtiger werden,

vor allem bei den Eliten, den wirtschaftlichen Gewinnern der letzten Jahrzehnte.

Welche Folgen hat diese gestiegene Bedeutung von Werten für das Wahlverhalten? Und wie reagieren Parteien hierauf? Nehmen Sie zur Anschauung das Beispiel eines relativ wohlhabenden Akademikers mit universalistischen Wertvorstellungen. Unserer Theorie zufolge wechselt diese Person über die Zeit hinweg die Seiten, von den Konservativen (Republikaner in den USA oder CDU in Deutschland) zu den Linken (Demokraten in den USA oder Grüne in Deutschland), weil die universalistische moralische Orientierung aufgrund des gestiegenen Einkommens eine immer höhere Bedeutung erlangt.

Dieser „Wechsel“ der Akademiker hat nun eine wichtige Rückwirkung auf die Parteien. Die rechte Partei muss nun keine Rücksicht mehr auf ihre vormals teilweise moralisch links orientierte Klientel nehmen, während die linke Partei nun immer mehr wohlhabende Universalisten beherbergt. Um ihre neuen Wählergruppen zufriedenzustellen, rückt die konservative Partei in sozialen Fragen nach rechts und die linke Partei nach links.

### Folge: Die Wanderung der Arbeiterklasse

Diese zunehmende Differenzierung der Parteienlandschaft in moralisch-kulturellen Fragen hat nun wiederum wichtige Implikationen für das Wahlverhalten unterdurchschnittlich verdienender Arbeiter mit relativ konservativen Werten. Diese Gruppe wählte früher klassischerweise die SPD (oder die Demokraten in den USA), weil sie entsprechende ökonomische Interessen vertrat. Doch durch die oben beschriebene Linkswanderung der moralisch linken Eliten wurden linke Parteien in sozialen Themen immer linker und in wirtschaftspolitischen Fragestellungen den Konservativen immer ähnlicher. Dies führt dann dazu, dass Arbeiter mit relativ konservativen Werten sich von den linken Parteien nicht mehr vertreten fühlen und abwandern, wie wir es in den USA, England, Deutschland und vielen anderen Ländern erlebt haben.

Im Ergebnis fühlen sich Leute mit durchschnittlichen oder unterdurchschnittlichen Einkommen und konservativen Werten von der linken Partei „verlassen“, da diese sich mehr mit kulturell-moralischen Themen befasst als mit Umverteilung. Gemäß unserer Theorie ist dies jedoch alles eine Folge der reicher werdenden Bevölkerung, was gemäß der Logik des Luxusguts dazu führt, dass viele Wähler ihre moralischen und kulturellen Positionen gegenüber ihren ökonomischen Interessen priorisieren.

### Wer wählt entgegen seinen finanziellen Interessen?

Viele populäre Bücher beklagen, dass vor allem in den Vereinigten Staaten konservative Politiker die weiße Arbeiterklasse in der Mitte Amerikas dazu gebracht hätten, „gegen ihre eigenen

wirtschaftlichen Interessen zu stimmen“, weil sie die sozialkonservativen Positionen der Republikaner denen der Demokraten vorziehen, die sie als von einer linksliberalen Elite dominiert empfinden.

Dies mag sicherlich partiell zutreffen. Wir zeigen jedoch, dass in der Realität wesentlich mehr reiche Linksliberale „gegen ihre wirtschaftlichen Interessen“ die Demokraten wählen als arme Sozialkonservative die Republikaner. Dies ist konsistent mit unserer Theorie, dass die nicht ökonomischen Faktoren für reichere Wähler wichtiger sind als für ärmere.

Unsere Theorie impliziert auch, dass konservative Wähler intern homogener als die der linken Parteien sind: Wähler in den USA tendieren zum Beispiel zu den Demokraten, falls sie entweder relativ arm sind (und dann ist es relativ egal, ob sie moralisch links oder rechts sind, denn das ist für sie weniger wichtig) oder falls sie moralisch links stehen, selbst wenn sie sehr reich sind. Im Gegensatz dazu sind Wähler, die zu den Republikanern tendieren, sowohl sozialkonservativ als auch relativ wohlhabend. In der Tat finden wir diesen Zusammenhang in unseren Daten, und zwar sowohl bezüglich des Einkommens als auch bezüglich der moralischen Werte.

### Implikationen für Polarisierung

Die zunehmende Polarisierung birgt eine große Gefahr für die institutionelle Stabilität der Vereinigten Staaten. Dort gibt heutzutage eine große Zahl von Wählern an, dass die eigenen Kinder möglichst nicht jemanden aus dem jeweils anderen politischen Lager heiraten sollen. Dies ist ein Anzeichen für den gestiegenen Moralfokus, da die starke emotionale Abneigung gegenüber „den Anderen“ sich regelmäßig auf moralische Themen bezieht und nicht darauf, ob der Steuersatz nun 40 Prozent oder 45 Prozent sein sollte. Wer hingegen bei extremer moralischer Polarisierung im politischen Gegner nur Babymörder oder Rassisten sieht, der wird größere Probleme haben, einen Wahlsieg der anderen Seite einfach hinzunehmen.

Damit eine solche Polarisierung in Deutschland nicht eintritt, verlangt unsere Theorie zuvorderst von den relativ wohlhabenden Bevölkerungsschichten und politischen Aktivisten, dass sie begreifen, dass einem großen Teil der Bevölkerung moralisch-kulturelle Themen nicht so wichtig sind wie ihnen selbst. Denn erst dann fühlen sich die Menschen nicht mehr „verlassen“ und „ignoriert“ und haben das Gefühl, dass die relativ Wohlhabenden – sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite – in einem Kulturkampf leben, der mit der eigenen Lebenswirklichkeit nichts mehr zu tun hat.

**Benjamin Enke** ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Harvard-Universität in Cambridge/Massachusetts.

**Mattias Polborn** ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Politik an der Vanderbilt-Universität in Nashville/Tennessee..

EUROPLATZ FRANKFURT

## Umgekehrte Vorzeichen

Von Ulrich Kater

Noch bis vor Kurzem galt es als undenkbar, dass es auf absehbare Zeit wieder Zinsen oberhalb der Nulllinie geben könnte. Die Entwicklung in diesem Jahr hat gezeigt, wie vorsichtig man mit solchen Langfristaussagen doch sein muss. Renditen lang laufender deutscher Staatsanleihen sind in diesem Jahr um fast drei Prozentpunkte auf fast 2,5 Prozent angestiegen. Zwar kann man immer noch argumentieren, dass die Realzinsen weiterhin extrem niedrig seien, aber angesichts von Renditen im Bereich von 4 Prozent bei US-Treasuries gerät auch die Geschichte von den negativen Realrenditen zunehmend ins Schwanken. Obwohl dieser Zinsanstieg bei Aktien- und Anleiheportfolios Kursverluste in zweistelliger Prozenthöhe ausgelöst und an den Immobilienmärkten zu einer Schockstarre geführt hat, sind die finanzwirtschaftlichen Reaktionen überschaubar. Bislang ist dies weiterhin eine Krise der realen (Energie-)Wirtschaft, keine Banken- oder Finanzkrise. Unter diesem Blickwinkel wäre es allerdings schon beruhigend zu wissen, dass in den gegenwärtigen Markterwartungen das Größte an Zinskorrekturen enthalten ist. Ob die Märkte nämlich einen weiteren Anstieg in dieser Größenordnung ebenso wegatmen würden wie bisher, ist zumindest unsicher. Alles hängt davon ab, ob die bisherige geldpolitische Straffung ausreichend ist, um die Inflation einzudämmen.

Zinsstraffungen der Notenbanken kommen erst mit einer Wirkungsver-

zögerung in der Wirtschaft an. Die einzigen Sofortwirkungen der Geldpolitik bestehen in den kommunikativen Signalen der Notenbanken, alles zu tun, um den Inflationsprozess wieder einzufangen, also auch eine Rezession in Kauf zu nehmen. Diese Kommunikationspolitik hat Anklänge an die „forward guidance“ der Zentralbanken aus der Zeit der Niedriginflation. Damals sollten die Wirkungen der expansiven Geldpolitik durch Vorabfestlegungen auf extrem niedrige Zinsen auf lange Zeiträume verstärkt werden. Umgekehrt könnte man nun versuchen, durch aktive Kommunikation einer noch für lange Zeit notwendigen Inflationsbekämpfungspolitik dämpfend auf die Inflationserwartungen einzuwirken. Stattdessen herrschen aber Bedenken über „Geldpolitik-Fehler“ eines „zu straffen“ Zinskurses vor.

Die Erfahrungen der 70er-Jahre lehren, dass ein zu frühes Loslassen der geldpolitischen Zügel in der Rezession ein Wiederaufblammen der unterliegenden Preissteigerungen in der Erholung zur Folge hat. Würde man aktiv kommunizieren, dass es selbst in der jetzt zu erwartenden Rezession unwahrscheinlich ist, den geldpolitischen Kurs bereits wieder lockern zu können, würden zwar augenblicklich die langfristigen Renditen noch ein wenig ansteigen, es würde aber die Glaubwürdigkeit der Notenbanken weiter befestigen und so am Ende vielleicht die eine oder andere weitere Leitzinserhöhung ersparen.

Der Autor ist Chefvolkswirt der Deka-Bank.

WIRTSCHAFTSBÜCHER

## Der Ordnungsingenieur

Biographie über Nobelpreisträger Jan Tinbergen

Der Niederländer Jan Tinbergen (1903–1994) ist vielen Ökonomen als einer der Gründungsväter der modernen Makroökonomik und der Ökonometrie sowie als Theoretiker der Wirtschaftspolitik geläufig. 1969 erhielt er, gemeinsam mit Ragnar Frisch, den ersten Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften. Erwin Dekker, bis letztes Jahr an Tinbergens langjähriger Wirkungsstätte Rotterdam und mittlerweile an der George Mason University in Virginia tätig, hat eine sehr lesenswerte Biographie vorgelegt, die packend das Leben und Werk Tinbergens präsentiert.

Dekker verwebt das Leben Tinbergens mit den jahrzehntelangen Wandlungen des Faches, aber auch mit der Entwicklung der westlichen Welt seit den 1920er-Jahren. Gerade Tinbergens Jugend in den Niederlanden fällt in eine Zeit, die durch Instabilität und Krisen zunehmend an unsere Zeit erinnert, wodurch Tinbergens Suche nach Stabilisierung der Wirtschaft und Befriedung der Gesellschaft zahlreiche Lehren für heute enthält.

Die Prägungszeit Tinbergens als Ökonom sind die 1930er, als eine erst mal als üblich empfundene Krise ab 1931/32 in Form der ausufernden Weltwirtschaftskrise zunehmend existenziell wird und besonders nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland über das Ökonomische hinauswächst. Tinbergens frühes Engagement bei den Sozialdemokraten elektrisiert ihn ganz besonders für den aufkommenden Kampf gegen den Faschismus, wobei sich sein Fokus bald auf die implozierende internationale Ordnung richtet.

Zu den bekanntesten Beiträgen Tinbergens gehört sein makroökonomisches Modell, das er im Auftrag des Genfer Völkerbundes entwirft und das ihn endgültig mit den internationalen Spitzenforschern in Kontakt bringt, die sich regelmäßig in Genf treffen. Die berühmte Auseinandersetzung mit Keynes, der der aufkommenden Ökonometrie skeptisch gegenübersteht, fällt in diese Phase der späten 1930er-Jahre. Tinbergens Ausbildung als Ingenieur passt zur Kritik Keynes', dem – in diesem Punkt seinem sonstigen Widersacher Hayek nicht unähnlich – das ingenieurhafte Denken dieser frühen Modelle ungeheuer ist.

Ein typischer „Sozialingenieur“, wie er oft genannt wird, ist Tinbergen dennoch nicht. Dekker zeigt, dass Tinbergens positive Ökonomik nicht immer von seinem normativen Anliegen zu trennen ist, das stets um den Begriff „Stabilität“ kreist. In Tinbergens Vokabular nimmt auch der Begriff „Ordnung“ eine zentrale Rolle ein – ähnlich wie damals bei den Neoliberalen auf beiden Seiten des Atlantiks. Genau wie sie denkt auch Tinbergen über positive Ordnungen theoretisch nach, nimmt aber öffentlich eine explizit normative Verteilung der von ihm bevorzugten Ordnung vor. Tinbergen ist ein gutes Beispiel dafür, dass das Denken in Ordnungen weder ein deutscher Sonderweg noch eine liberale Eigentümlichkeit ist.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, den Tinbergen in den Niederlanden bringt und dabei eine eingeschränkte Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung eingeht, verstärkt sich sein Fokus auf die internationale Ordnung. Er denkt über Währungs- und Handelsfragen nach, allerdings immer mit besonderem Augenmerk auf die Instabilität, die aus der ungleichen Entwicklung im Norden und im globalen Süden entstehen kann. Einen Kollaps wie in den 1930er-Jahren gilt es unter allen Umständen zu verhindern.

Deshalb steht er der Europäischen Integration ambivalent gegenüber, da er die Gefahr sieht, dass sie zur protektionistischen Abschottung gegenüber Nichtmitgliedern führen und damit die globalen Ungleichgewichte vertiefen kann. Das Streben nach Befriedung geht manchmal auch mit einer gewissen politischen Naivität einher, gerade was die Koexistenz der demokratischen Welt mit den totalitären Systemen angeht. Seine Hoffnungen zielen auf eine vernunftgeleitete Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion und mittelfristig auf die Konvergenz beider Systeme. Auch seine Beratungsreisen zu problematischen Regimen wie in der Türkei oder Indonesien zeugen nicht immer von politischem Fingerspitzengefühl.

Tinbergens Position zur Rolle des Experten in der Wirtschaftspolitik ist spannend und spannungsreich zugleich. Seine Theorie der Wirtschaftspolitik, seit dem klassischen Lehrbuch von 1956 in die Ausbildung ganzer Ökonomen generationen integriert, wird oft als Rezeptbuch der Expertokratie verstanden, in dem die klare Zuordnung zwischen Zielen und Mitteln der Wirtschaftspolitik die führende Rolle des Experten zementiert. Gleichzeitig zeigt Dekker auf, wie wichtig es Tinbergen war, ein Leben lang mit Auftritten auch vor kleinsten Versammlungen die Bürger von der Bedeutung der ökonomischen Bildung zu überzeugen, damit der Experte nicht unhinverfragt über den Kopf des Souveräns hinweg gestalten darf.

Der Mensch Tinbergen kommt im Buch nicht zu kurz. Durch die Darstellung seiner Vita erfährt der Leser viel über die Geschichte der Niederlande in der Zwischen- und Nachkriegszeit, auch über deren Schattenseiten wie etwa den indonesischen Unabhängigkeitskrieg. Dekker baut viele deutsche Quellen ein und zeigt auf, dass trotz aller Katastrophen der deutschen Geschichte Tinbergen an einem Dialog mit seinen deutschen Kollegen interessiert bleibt. Ideologisch, methodologisch und disziplinar ist Tinbergen ein Wanderer zwischen den Welten, der gerade damit eine Quelle für Inspirationen wird, wie Stabilisierung von Wirtschaft und Gesellschaft heute noch möglich ist. STEFAN KOLEV

**Erwin Dekker: Jan Tinbergen (1903–1994) and the Rise of Economic Expertise**, Cambridge University Press, Cambridge 2021, 484 Seiten, 40 Euro.